

74
07.10.2010
Thorsten Metter
Spielhallen

SPD: Spielhallen-Flut stoppen, Spielerschutz verbessern und Automatensteuer drastisch erhöhen

Die heutige Veröffentlichung der Berliner Fachstelle für Suchtprävention zeigt drastisch auf, dass viele Spielhallenbetreiber den Jugend- und Spielerschutz nicht einhalten. Gleichzeitig werden viele Berliner Kieze mit immer neuen Spielhallen geradezu überschwemmt.

Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD: „Die Zahl der Spielhallen explodiert in fast allen Berliner Bezirken. Viele Spielhallenbetreiber kümmern sich nicht um den gesetzlich vorgeschriebenen Jugend- und Spielerschutz. Dem kann und darf die Politik nicht tatenlos zusehen. Die Berliner SPD hat dazu mehrere Initiativen vorbereitet. Wir wollen die Spielhallen-Flut in den Kiezen stoppen und zurückdrängen. Deren Betreiber zahlen jede Miete, verdrängen den traditionellen Einzelhandel und die Spielhallen verschandeln die Einkaufsstraßen. Gleichzeitig sind der Spielerschutz und die Präventionsarbeit gerade bei Jugendlichen zu stärken. Gewerbe- und Ordnungsämter müssen mehr kontrollieren und Verstöße deutlich ahnden.“

Daniel Buchholz, Stadtentwicklungsexperte der SPD-Fraktion: „Die Spielhallen-Flut bringt massiven wirtschaftlichen und sozialen Sprengstoff in die Kieze. In den letzten vier Jahren hat sich die Zahl der Geld-Gewinnspielgeräte in Berlin von 5.882 auf 10.135 fast verdoppelt. Rund 80 % der Spielsüchtigen in Berlin sind von diesem Automatenspiel abhängig, krankhafte Spielsucht zerstört ihre soziale, berufliche und materielle Lebenssituation. Wir setzen auf allen politischen Ebenen an, um diese moderne Plage zu stoppen.“

Der Senat soll über eine Bundesratsinitiative eine deutliche Verschärfung der bundesweit geltenden Spielverordnung (insbesondere Reduzierung der Spielhallenstandorte und der Automaten pro Betrieb) und der Baunutzungsverordnung erreichen. Als Landesgesetzgeber werden wir die Vergnügungssteuer auf Geld-Gewinnspielgeräte von 11% auf 20% drastisch erhöhen. Das wird das Spielen an den Automaten für Betreiber und Spieler deutlich unattraktiver machen. Gleichzeitig sind alle rechtlichen Möglichkeiten auf Landesebene zu nutzen, die Anzahl der Spielhallen zu begrenzen. Der vorliegende Gesetzentwurf der CDU-Fraktion ist mit heißer Nadel gestrickt und unzureichend. Die doppelte Anzahl von Spielgeräten pro Spielhalle und viele ungenaue Rechtsbegriffe würden das Problem an vielen Stellen weiter verschärfen.

Wir werden einen eigenen Gesetzestext vorlegen. Hauptpunkte: Verbot von Mehrfachkonzessionen - nur eine Spielhalle pro Gebäude, Verschärfung der Voraussetzungen zum Betrieb einer Spielhalle (Zuverlässigkeit des Betreibers, Anforderungen an Aufsichtspersonal, Schulungen zur Suchtprävention), Kontrollpflichten (Eingang, Räume), Verbesserung des technischen Spielerschutzes - Sperrsysteme für Problemspieler, eingeschränkte Öffnungszeiten durch Sperrzeitenregelungen.“